



Presseinformation



Wiesbaden, 4. Februar 2015

Hessisches Sozialbudget

**Sozial- und Integrationsminister Stefan Grüttner und Staatssekretär Jo Dreiseitel:
„Nach der Verabschiedung der Haushaltsänderungsanträge steht das
Sozialbudget fest – 35 Prozent mehr für Verbände und Institutionen“**

Wiesbaden. Der Hessische Minister für Soziales und Integration, Stefan Grüttner, und der Bevollmächtigte für Integration und Antidiskriminierung, Staatssekretär Jo Dreiseitel, erklärten am Mittwoch anlässlich der Verabschiedung der Haushaltsänderungsanträge im Hessischen Landtag, dass damit der letzte Schritt genommen sei, damit die Verbände und Institutionen Planungssicherheit bekommen. „Nunmehr hat auch das Parlament den Weg freigemacht und wir werden in die konkrete Planung zur Verteilung der Mittel des Sozialbudgets an die einzelnen Verbände und Institutionen zeitnah einsteigen. Die weitere Anhebung der Leistungen aus den freiwilligen Leistungen des Landes ist ein starkes Signal der Wertschätzung. Die Mittel hierzu wurden nun verbindlich von 52 Millionen Euro auf 70 Millionen Euro aufgestockt, das ist eine Erhöhung um 35 Prozent“, erläuterte Grüttner. Kommunen und Träger sozialer Dienste erhielten durch die verbindliche Festschreibung der Landesmittel über den laufenden Haushalt hinaus Planungssicherheit.

Dreiseitel nannte die Erhöhung der Mittel um 35 Prozent „wichtige“ und „unerlässliche“ Hilfestellung für Menschen, die aufgrund einer schwierigen Lebenslage auf besondere Solidarität angewiesen seien. Das sei angesichts einer angespannten Haushaltslage und vor dem Hintergrund der Schuldenbremse keine Selbstverständlichkeit. „Das Sozialbudget ermöglicht es uns auch über die nächsten Jahre eine verantwortungsvolle

Sozialpolitik für die Menschen zu gestalten“, betonte der Bevollmächtigte. Es behalte sowohl freiwillige Leistungen bei, es enthalte aber auch neue Ziele für notwendige sozialpolitische Maßnahmen. Hier nannte Dreiseitel vor allen Dingen die Fördermittel des Landesprogramms WIR, mit dem Integration vor Ort und die interkulturelle Öffnung weiter gefördert werde und die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle in Hessen. Aber auch Schutz vor Gewalt müsse mit Blick auf Frauenhäuser und die Schutzambulanz weiter ein Thema sein ebenso wie die Schuldnerberatung.

Staatsminister Grüttner stellte die Förderung für Familien und Senioren sowie die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum heraus. Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Sozialbudgets sei die Erhöhung der Mittel für die Sprachförderung für Kinder. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik werde ein Landesprogramm installiert, das der Personengruppe, die mehrfache Vermittlungshemmnisse hat, eine dauerhafte Möglichkeit gibt, sozialversicherungspflichtiger Arbeit nachgehen zu können.

Abschließend betonten Grüttner und Dreiseitel die Anhebung der Leistungen aus den freiwilligen Leistungen des Landes sei „ein starkes Signal“ an Verbände und Institutionen, die Angebote vorhalten, die echte Teilhabe ermöglichen.
